



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin



Januar/Februar 2014



Vorgriffsregelung zur Praxisgebühr

Pauschale entfällt ab 1. Januar 2014

Berliner Beamtinnen und Beamte können aufatmen: Die Beihilfestelle verzichtet aufgrund einer Vorgriffsregelung seit Jahresbeginn auf den Abzug der Praxisgebühr. Zwar hat der Senat bereits Mitte Dezember den Wegfall der Praxisgebühr für die Berliner Beamten und Versorgungsempfänger in einer Pressemitteilung verkündet, die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfs, der auch die Rückerstattung der 2013 gezahlten Praxispauschalen zur Folge hat, lässt aber weiter auf sich warten.

Weiter auf Seite 2

Abschaffung der Praxisgebühr – Verzicht auf Einbehalt der Praxispauschale ab 1. Januar 2014

Änderung des Beihilferechts im Schneckentempo

Im Dezember 2013 hat der Senat von Berlin nach über einjährigem Hinauszögern endlich in einer Pressemitteilung erklärt, dass auch für Berliner Beihilfeberechtigte (Beamte und Pensionäre) die sogenannte Praxisgebühr entfallen soll. Die bereits im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und im Bereich des Bundesbeihilferechts geltende Regelung soll damit auf den Berliner Landesdienst übertragen werden. Der Senat hat dazu den von Innen- und Sportsenator Frank Henkel vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur Kenntnis genommen.

„Selbstverständlich begrüßt der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb berlin) die rückwirkende Abschaffung der Praxisgebühr. Wir kritisieren hierbei allerdings die unendlich lange Zeit, die sich der Senat für diese Änderung, die andere Bundesländer schon längst getroffen haben, genommen hat“, so Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin.

Vorgriffsregelung ab 1. Januar 2014

Die Beihilfestelle beim Landesverwaltungsamt Berlin hat inzwischen bekannt gegeben, dass die Praxisgebühr bei Beihilfeanträgen, die ab dem 1. Januar 2014 dort eingehen, nicht mehr abgezogen wird.

Wörtlich teilt das Landesverwaltungsamt auf seiner Homepage Folgendes mit:

„Der Gesetzentwurf der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, mit dem die Minderung der Beihilfe um Eigenbehalte nach § 49 Abs. 2 der Landesbeihilfeverordnung (die sog. Praxispauschale) rückwirkend zum 1. Januar 2013 aufgehoben werden soll, wurde am 17. Dezember 2013 vom Senat zur Kenntnis genommen. Nach der jetzt erfolgten Beteiligung des Rats der Bürgermeister soll der Gesetzentwurf vom Senat beschlossen und dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Nach bestehendem Kenntnisstand ist weiterhin davon auszugehen, dass die rückwirkende Aufhebung der Praxispauschale wie beabsichtigt beschlossen wird.“

Im Vorgriff auf die erwartete gesetzliche Regelung verzichtet das Landesverwaltungsamt in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei den Beihilfeanträgen, die ab dem 1. Januar 2014 eingehen, auf Minderungen der Beihilfe um die Praxispauschale. Damit wird für alle ab diesem Zeitpunkt eingehenden Beihilfeanträge hinsichtlich der Praxispauschale so verfahren, als wäre diese bereits aufgehoben.“

Nach Verabschiedung der gesetzlichen Regelung wären dann noch die Praxispauschalen zurückzuerstatten, die bei den im Jahr 2013 eingegangenen Beihilfeanträgen einbehalten wurden.





Kommt jetzt endlich ein Personalentwicklungskonzept für das Land Berlin?

dbb berlin begrüßt die Einsicht der SPD-Fraktion

In einem am 28. Dezember 2013 veröffentlichten Interview in der Berliner Morgenpost teilte der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, mit, dass er nicht länger an der Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst festhalten will und vom Berliner Senat die schnelle Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes für das Land Berlin erwartet.

„Die jahrelange Arbeit des dbb berlin führt offensichtlich langsam zur Einsicht in der Berliner Politik, und wir begrüßen die Aussagen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Raed Saleh, in der Berliner Morgenpost, in der er zugibt, dass es für ein Personalentwicklungskonzept des Landes Berlin im Grunde genommen bereits schon fünf nach zwölf ist. Hätte man auf den dbb beamtenbund und tarifunion berlin gehört, dann hätte der Senat mit der Erstellung eines derartigen Konzeptes bereits vor einigen Jahren anfangen können und bräuchte sich heute keine Sorgen darüber zu machen, ob das Land Berlin ausreichendes und geeignetes Personal finden wird. Auch wäre für den dringend notwendigen Wissenstransfer längst Vorsorge getroffen worden“, kommentiert der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin), Frank Becker, das Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus.

„Endlich wird die Zahl von 100.000 notwendigen Vollzeitstellen, die der frühere Berliner Finanzsenator Sarrazin (SPD) aufgestellt hatte, auch seitens der SPD-Fraktion infrage gestellt. Der dbb berlin erwartet jetzt vom Senat – nachdem die CDU-Fraktion bereits im Mai letzten Jahres ihr Personalkonzept für den öffentlichen Dienst veröffentlicht hat – die unverzügliche Erarbeitung eines entsprechenden Papiers“, so Becker weiter.

dbb berlin fordert Beteiligung

Da die Senatskanzlei in die Koordination für die Erstellung eines Konzeptes eingeschaltet wurde, hat der dbb berlin vom Regierenden Bürgermeister seine unmittelbare Beteiligung an der Erarbeitung dieses Personalentwicklungskonzeptes eingefordert.

55. dbb Jahrestagung in Köln

„Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“

„Der Staat darf sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen.“ Mit diesen deutlichen Worten hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Regierungen von Bund und Ländern aufgefordert, eine neue Balance im staatlichen Handeln zu finden. Der Abbau öffentlicher Leistungen einerseits und die politische Einmischung in funktionierende Systeme wie der Tarifpluralität andererseits seien nicht geeignet, die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern, sagte Dauderstädt am 6. Januar 2014 in Köln zur Eröffnung der 55. dbb Jahrestagung.

Bedenklich sei die steigende Belastung der Bürger auch, weil diese gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben allein gelassen würden. Sinnbildlich dafür sei die Diskussion über Maßnahmen gegen die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche durch Mindeststandards für den Einbruchschutz in Bauverordnungen oder die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben für die Wohnungssicherung. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen „ist nicht Aufgabe des Bauordnungs- oder des Finanzamtes, dazu brauchen wir genügend Polizei“, machte Dauderstädt deutlich.



Foto: Friedhelm Windmüller

dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt bei seiner Eröffnungsrede

Dieser Rückzug des Staates werde die Politik angesichts des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel zukünftig vor noch größere Herausforderungen stellen, sagte der dbb Chef. Denn „so, wie die Menschen sich darauf verlassen können müssen, dass die Feuerwehr nicht erst zwei Stunden nach dem Alarm eintrifft und dass ihre Kinder nicht 38 Kilometer zur nächsten Schule tagtäglich zweimal zurücklegen müssen, so wollen sie auch nicht vor Schildern mit der Aufschrift ‚Kraftfahrzeugzulassungsstelle – geöffnet jeden dritten Donnerstag im Monat von 9 bis 13 Uhr‘ stehen.“

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, müsse der öffentliche Dienst allgemein und das Berufsbeamtentum insbesondere gestärkt werden. „Manche halten den Beamten deutscher Prägung für überholt. Wir nicht“, sagte der dbb Chef. Zum Kern des Beamtentums gehöre auch die Verpflichtung des Staates zur Alimentation, so Dauderstädt mit Blick auf die wachsenden Besoldungsunterschiede in Bund und Ländern. Zwar gebe es keine Norm, die eine Übernahme der Tarifergebnisse für Besoldung und Versorgung vorschreibt. Aber: „Die muss es auch nicht geben, solange die Parlamente sich nicht aus ihrer Verpflichtung zur richtigen Alimentation zurückziehen.“ In diesen Punkten dürften die Dienstherren ebenso wenig untätig bleiben wie etwa bei den offenen Fragen zur Altersdiskriminierung sowie bei den Sorgen der Beschäftigten im Arbeitsalltag. Dauderstädt: „Es wäre gut, wenn sich der Staat bei all diesen Konflikten eindeutig, zeitnah und schützend vor seine Beschäftigten stellen würde.“

Dieser drängenden Probleme solle sich die Politik annehmen, statt sich in funktionierende Systeme wie die gelebte Tarifpluralität einzumischen. Eine gesetzlich erzwungene Tarifeinheit, wie sie im Koalitionsvertrag angedeutet sei, berge in der Praxis viele Fallstricke, sagte der dbb Chef: „Wer definiert einen Betrieb? Und wer misst die Mehrheit?“ Dauderstädt ergänzte mit Verweis auf die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit: „Welcher Arbeitnehmer will schon einer Gewerkschaft angehören, die keinen Einfluss nehmen darf? Mittelbar greift der Gesetzgeber so in ein wesentliches Grundrecht ein. Kaum vorstellbar, dass das Bundesverfassungsgericht dabei mitspielt.“

Bundesinnenminister Thomas de Maizière: Wachsendes Vertrauen der Bürger zum öffentlichen Dienst

„Wir erleben derzeit einen kraftvollen, selbstbestimmten und handlungsfähigen Staat.“



Foto: Friedhelm Windmüller

Bundesinnenminister Thomas de Maizière vor den Vertreterinnen und Vertretern des dbb beamtenbund und tarifunion

Die Bürgerinnen und Bürger wissen diese Rolle zu schätzen und vertrauen sich deshalb der Fachkompetenz und unbedingten Zuverlässigkeit der Staatsbediensteten zunehmend wieder an.“ Mit dieser Einschätzung wandte sich Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière auf der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes (dbb) an die Gewerkschaftsmitglieder und Gäste aus Politik und Gesellschaft. In seiner Rede bilanzierte de Maizière, dass es Deutschland gut gehe, auch dank der funktionierenden Strukturen im öffentlichen Dienst und seiner fähigen und loyalen Beschäftigten: „Der öffentliche Dienst ist ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmer und ein Stück Lebensqualität für jeden Bürger.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seien tatsächlich für den Bürger „stets zu Diensten“, was keineswegs eine altmodische, sondern eine noble Aufgabe sei. Hinter das Tagungsmotto „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“ gehöre daher ein Ausrufe- und kein Fragezeichen.

dbb berlin – „Stets zu Diensten!“

Auch der dbb berlin ist „stets zu Diensten“ für seine Mitglieder. Vor diesem Hintergrund waren auch zahlreiche Funktionsträgerinnen und Funktionsträger des dbb beamtenbund und tarifunion berlin nach Köln gereist, um sich aus erster Hand zu informieren. Neben den Diskussionen, Streitgesprächen und Fachvorträgen nutzten die Berliner die Möglichkeiten des persönlichen Austausches mit Kollegen/-innen sowie Politiker/-innen aus den anderen Bundesländern und des Bundes. Kontakte zu den Medienvertretern/-innen, die die Kölner Arbeitstagung begleiteten, konn-

ten ebenfalls neu aufgebaut bzw. intensiviert werden. Am Rande der Veranstaltung kam die Landesleitung des dbb berlin zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen, um zum Jahresauftakt die aktuellen gewerkschaftlichen Entwicklungen in Berlin zu beraten.

„Wir haben in Köln erneut viele neue Eindrücke und Erkenntnisse erlangt, die wir gewinnbringend in die gewerkschaftliche Arbeit des dbb berlin einfließen lassen können. Insofern hat sich auch in diesem Jahr die Teilnahme an der dbb Jahrestagung gelohnt“, so Frank Becker am Ende der dreitägigen dbb Veranstaltung.



Foto: Friedhelm Windmüller

Einige Berliner Vertreter/-innen stellten sich dem Fotografen auf der Jahrestagung. V. l. n. r.: Frank Becker (dbb berlin), Andrea Rutz-Lorenz (GdS Berlin), Gabriele Kasigkeit (Philologenverband Berlin/Brandenburg), Ferdinand Horbat (dbb berlin), Dagmar Bahr (VRRF), Bodo Pfalzgraf (dbb berlin) und Thomas Goiny (BSBD Berlin)

Die UNVERZICHTBAREN

„Die Unverzichtbaren“ auch auf der Homepage des Landes Berlin

dbb berlin unterstützt Nachwuchskampagne

Der dbb berlin unterstützt die vom dbb bund initiierte bundesweite Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“ nachdrücklich und hat inzwischen sogar ihre Aufnahme in die Homepage des Landes Berlin erreicht.

„Auch das Land Berlin muss sich umgehend um Nachwuchskräfte bemühen. Nur die Ausbildung und Einstellung junger Menschen ist Garant dafür, dass die vielfältigen Aufgaben des Landes zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig erfüllt werden können. Es besteht dringender Handlungsbedarf“, bekräftigte Frank Becker. Der Vorsitzende des dbb berlin begrüßte zugleich, dass die Kampagne inzwischen auch im Karriereportal des Landes Berlin Aufnahme gefunden hat. Sie ist dort abrufbar unter: www.berlin.de/karriereportal/berlin-als-arbeitgeber/artikel.30760.php.

Leistungsfähigkeit bedroht

dbb Chef Klaus Dauderstädt hatte beim Start der Kampagne Anfang Dezember 2013 in Berlin nachdrücklich vor einem Ausbluten des öffentlichen Dienstes gewarnt: „Deutschlands öffentlicher Dienst

droht bei einem aktuellen Fehlbedarf von über 100.000 Fachkräften und mehr als 700.000 altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten in den kommenden Jahren, seine Leistungsfähigkeit zu verlieren. Der demografische Wandel tut ein Übriges und erschwert die Nachwuchssuche zunehmend.“ Um qualifizierte und motivierte Talente müsse deshalb auf breiter Front gekämpft werden.

Aufgenommen hat der dbb diesen Kampf u. a. mit einer Plakat- und Postkartenaktion, die in den kommenden fünf Jahren an rund 9.000 Schulen unter dem Claim „Die Unverzichtbaren“ für eine Karriere im öffentlichen Sektor wirbt. Auf dem Internetportal zur Kampagne „www.die-unverzichtbaren.de“ können Interessierte dann Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen im öffentlichen Dienst, Erfahrungsberichte und einen interaktiven Berufsfinder abrufen.

Horbat wieder stellvertretender Vorsitzender des Landeslehrerausschusses

Der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin und stellvertretende Vorsitzende des phv berlin, Ferdinand Horbat, ist erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landeslehrerausschusses gewählt worden.

Das Gremium wahrt zusammen mit dem Landesschulerausschuss und dem Landeselternausschuss die schulischen Interessen der jeweiligen Gruppe gegenüber der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung. Darüber hinaus wird hier die Arbeit im Landesschulbeirat vorbereitet und koordiniert.

Der dbb berlin wünscht dem Kollegen Horbat eine neuerliche erfolgreiche Amtsführung.



Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr stellt sich vor



Der Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr e. V. (VAB) ist die berufspolitische Vertretung der in der Bundeswehr tätigen Arbeitnehmer und Auszubildenden sowie der Beschäftigten der privatisierten Bereiche der Bundeswehr. Sein Zweck ist die Wahrung und Förderung der beruflichen, sozialen und rechtlichen Belange seiner Mitglieder.

In Anlehnung an die bisherige Organisation der Bundeswehr gliedert sich der VAB in acht Bereichs-/ Landesverbände und in über 120 Standortgruppen im gesamten Bundesgebiet und im Ausland.

Die Organe des Verbandes sind ständige und anerkannte Gesprächspartner des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums des Inneren sowie der Behörden und Dienststellen der Bundeswehr und der Vorstände der Gesellschaften in den privatisierten Bereichen.

In der mit erfahrenen Fachleuten besetzten Tarifkommission werden die tariflichen Grundsätze und Positionen des VAB erarbeitet. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt den Bundesvorsit-

zenden und den geschäftsführenden Vorstand und die Tarifkommission bei ihrer Arbeit. Sie ist Ansprechpartner für die Einzelmitglieder des VAB und gibt unter anderem versierte und belastbare Auskünfte zum Tarifrecht, zu Fragen des persönlichen Arbeitsvertrages, zu Arbeitsbedingungen, zur Freizeit-Unfallversicherung sowie zum Rechtsschutz.

Kontakt:

Bereichsvorsitzende Landesverband Brandenburg/Berlin/Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen:

Alla Queißner
 Rudolf-von-Gneist-Gasse 6
 10785 Berlin

Tel.: 030.74927257 (privat)
 Fax: 030.484982034

Mobil: 0176.96532444
 E-Mail: vab@strausberg.de

Arbeitsgemeinschaft der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten Berlin

Das kirchliche Beamtenrecht ist dem staatlichen Beamtenrecht grundsätzlich nachgebildet. Ein Wechsel aus dem kirchlichen in den staatlichen öffentlichen Dienst und umgekehrt soll keine Nachteile zur Folge haben. Ungeachtet dessen weicht die kirchliche Besoldung und Versorgung bereits seit den 90er-Jahren von der Bundesbesoldung ab.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kirchenbeamten tritt insbesondere gegenüber dem Dienstherrn für eine Angleichung an die Bundesbesoldung ein. Seit nunmehr rd. sechs Jahrzehnten ist sie anerkannter Gesprächspartner der Kirchenbehörden der örtlichen Evangelischen Landeskirche, die sich auf Berlin, Brandenburg und weitere Landesteile erstreckt.

Ogleich zahlenmäßig eine kleinere Organisation, ist ihr Organisationsgrad, insbesondere im gehobenen Dienst, hoch. Und mit dem dbb weiß die Arbeitsgemeinschaft einen starken Partner an ihrer Seite.

Enge Kontakte bestehen auch mit dem Pfarrerverein.

Für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft steht neben dem Rechtsschutz das gesamte gewerkschaftliche Leistungsspektrum einer dbb Mitgliedsgewerkschaft zur Verfügung. Nach ihrer Satzung vertritt die Arbeitsgemeinschaft die rechtlichen, beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Kirchenbehörden.

Es lohnt sich, für diese Ziele mit dem dbb einzutreten und Impulse für die Fortentwicklung und Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstrechts zu setzen.

Kontakt:

**Martin Bolwig, Vorstandsvorsitzender
 c/o Kirchlicher Rechnungshof**

Georgenkirchstraße 69/70
 10249 Berlin

Tel.: 030.24344-310
 E-Mail: m.bolwig@krh.ekbo.de

Stellenhebungen im Justizvollzug

Es geht um Anerkennung und Wertschätzung!



Thomas Goiny

Mit der Verabschiedung des Haushalts am 12. Dezember 2013 im Parlament, wurde der Weg für die vorab vereinbarten und durch die Finanzverwaltung genehmigten Stellenhebungen in der Justiz frei gemacht

Die Regierungsfractionen hatten sich vorab darauf verständigt, die Grenze der Stellen im allgemeinen Justizvollzugsdienst (Laufbahngruppe 1) von 31,5 Prozent auf 50 Prozent bei den A 8er-Stellen anzuheben. Damit werden die Vollzugsanstalten als eigenständige Dienststellen in die Lage versetzt, 375 Stellenhebungen im allgemeinen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienst umzusetzen. Eine zahlenmäßige Verteilung auf die Justizvollzugsanstalten wurde bereits vorgenommen.

Mit dem Beschluss über den Haushalt hat das Parlament eine grundsätzliche Forderung des BSBD Berlin erfüllt, die finanziellen und sozialen Probleme im Justizvollzug mittelfristig zu lösen und endlich die dringend notwendige Anpassung an Polizei und Feuerwehr im Bereich der Bezahlung vorzunehmen. Der BSBD Berlin hat seit Jahren gefordert, dass es nicht sein darf, dass Beschäftigte im Justizvollzug mit dem Eingangsamt A 7 nach 15 bis 20 Jahren in den Ruhestand gehen.

In einer ersten Stellungnahme hat sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, sehr er-



freut gezeigt: „Wir freuen uns, dass unsere monatelangen Bemühungen, finanzielle Verbesserungen für den Justizvollzug im Doppelhaushalt vorzunehmen, durch die Abgeordneten endlich Früchte tragen und eine entsprechende Anpassung vorgenommen wird. Wir bedanken uns bei allen, die an dem Erfolg mitgewirkt haben, aber vor allem bei den Parlamentariern für das Verständnis und das offene Ohr in den letzten Monaten.“

Aus Sicht des BSBD Berlin ist die Stellenhebung die größte finanzielle Verbesserung seit der bundesweiten Hebung des Eingangsammtes von A 6 nach A 7 Mitte der 90er-Jahre und seit der Übertragung der Zuständigkeiten bei der Besoldung in Berlin im Rahmen der Föderalismusreform. Finanziert wird die Anhebung durch die Verwendung der pauschalen Minderausgaben.

„Wir warten nunmehr auf eine offizielle Mitteilung der zuständigen Abteilung III in der Senatsverwaltung für Justiz, die die entsprechenden Berechnungen zur Umsetzung zurzeit vornimmt, um dem Parlament bis zum 31. Januar 2014 Bericht zu erstatten. Wir gehen davon aus, dass bei den Stellenhebungen im allgemeinen Justizvollzug und im Verwaltungsdienst keine Unterschiede gemacht und zügig umgesetzt werden und nicht am Bürokratismus der Verwaltung scheitern. Die fehlenden Voraussetzungen für die jeweiligen Stellenhebungen sind umgehend zuschaffen“, sagte Goiny weiter.

Der BSBD Berlin wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die finanzielle Situation des Justizvollzuges verbessert wird. Dazu gehört auch die Forderung nach Anpassung der Vollzugszulage, der Schicht- und Wechseldienstzulagen, die Anerkennung von Vorberufszeiten und Qualifizierungen und die Umsetzung von Leistungszulagen und Leistungsprämien.

Sind 100 Prozent gleich 100 Prozent?

Wie glaubwürdig sind statistische Aussagen

Der stellvertretende Vorsitzende des phv berlin und des dbb berlin, Ferdinand Horbat, hat eine Pressemitteilung der Senatsbildungsverwaltung vom 6. Dezember 2013 über die jährliche Statistik zur Unterrichtsversorgung an Berliner Schulen (siehe Kasten) zum Anlass für einen kritischen Vergleich zwischen positiver statistischer Aussage und bitterer Realität an den Berliner Schulen genommen. Die pauschalen statistischen Angaben über alle Schulen und Unterrichtsfächer suggerieren mit fast 100 Prozent eine bedarfsgerechte Lehrkräfteausstattung, kritisiert Horbat, unabhängig von den Zumessungsrichtlinien für die Ausstattung der Schulen, die ggf. auch infrage zu stellen sind, gebe es aber keine Aussagen zu den Basisdaten.

Kritisch müsse aber auch die Ausstattung hinterfragt werden:

1. Warum wird in einer Reihe von Fächern, wie zum Beispiel Physik, kein Unterricht erteilt?
2. Warum haben ganze Schulen zum Beispiel keine/n Physiklehrer/-in?
3. Warum zahlt das Land Berlin bis zu circa 1.500 Euro brutto den angestellten Lehrkräften mehr als den anderen Angestellten des Landes in vergleichbarer Position?
4. Warum gibt es immer wieder bei Bewerbungsverfahren weniger sich bewerbende Lehrkräfte als Stellen?
5. Warum werden laufend neue (kurzfristige) PKB-Verträge abgeschlossen?

Die Liste ließe sich fortsetzen.

„Interessante Feinheiten“

Erst bei genauerer Betrachtung zeigen sich die interessanten Feinheiten.

Ein nicht unerheblicher Teil des Unterrichts wird bedarfsdeckend durch Referendare erteilt. Inwieweit dieser Einsatz dem Ausbildungsziel gerecht wird, bleibt offen.

Ein weiterer nicht unerheblicher Teil des Unterrichts wird durch befristet beschäftigte Lehrkräfte erteilt, die zum Teil gar keine Prüfung (zum Beispiel Studenten) oder nur das 1. Staatsexamen abgelegt haben (also keine volle Ausbildung). Teilweise handelt es sich auch um pensionierte Lehrkräfte.

Ein unheimlicher Gedanke, wenn dies auch in anderen Bereichen Schule machen würde: Operieren dann demnächst die Studenten?

Die Statistik berücksichtigt weder die oben genannten Aspekte noch gibt sie die Fluktuation wieder.

Auszug aus der Pressemitteilung der Senatsbildungsverwaltung Berlin vom 6. Dezember 2013

Die jährliche Statistik zur Unterrichtsversorgung (Lehrerbedarfsfeststellung) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft weist mit Stichtag zum 1. November 2013 für Berlin einen Versorgungsgrad an Lehrkräften von 99,7 Prozent auf, das sind 0,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. In dieser Versorgungsquote enthalten sind die Bedarfe für die Stundentafel, den Förderunterricht und für strukturelle Unterstützung wie für Sprachförderung oder für Profile der Schulen. Die Dynamik im Bereich der Unterrichtsversorgung wird dadurch deutlich, dass sich seit der Stichtagsabfrage die Ausstattung der Berliner Schulen durch weitere Einstellungen, Stundenaufstockungen oder Rückkehr aus Langzeiterkrankungen verbessert hat. Mit heutigem Datum liegt sie im Durchschnitt bei 99,95 Prozent.

Wenn eine Lerngruppe innerhalb eines Schuljahres bereits von der achten Lehrkraft unterrichtet wird, kann wohl kaum von geordnetem Unterrichtsbetrieb gesprochen werden, auch wenn die statistische Zahl stimmen mag. Schon jetzt fehlen Tausende von voll ausgebildeten Lehrkräften in Berlin.

Wenig aussagekräftige Krankenstatistik

Auch bei der Darstellung des Rückganges der Zahl der Langzeiterkrankten wird nicht erwähnt, welchen Anteil am Rückgang die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von langzeiterkrankten Lehrkräften hatte.

Über die Höhe des Unterrichtsausfalles durch erkrankte Lehrkräfte gibt es wohl vorsichtshalber gar keine Aussagen.

Die Lehrgewerkschaften im dbb beamtenbund und tarifunion berlin sind an einer guten und erfolgreichen Schule in Berlin interessiert. Virtuelle Bilder wie statistische Durchschnittswerte helfen den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und

Lehrern vor Ort wenig. Nur eine offene Diskussion einschließlich der Darstellung der Fakten und ein gemeinsamer Weg aller Beteiligten bietet eine Chance, die Verhältnisse zu verbessern.

Dazu zählt für die Lehrgewerkschaften im dbb beamtenbund und tarifunion berlin ein deutliche Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Ehemaliger Vizekanzler und Außenminister sprach vor Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

BBBank – Exklusiver Abend für den öffentlichen Dienst

Im Dezember 2013 hat die BBBank im Rahmen einer gleichnamigen bundesweiten Veranstaltungsreihe auch in Berlin einen „Exklusiven Abend für den öffentlichen Dienst“ durchgeführt. Veranstaltungsort war das Berliner Humboldt Carré, das in direkter Nachbarschaft zur Deutschen Bank in Berlin Mitte gelegen ist. Gerne hatte der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) die Einladung zu dieser Veranstaltung, die sich seit Jahren großer Beliebtheit erfreut, angenommen und an seine Mitglieder weitergeleitet, die dann auch zahlreich an dem Abend teilnahmen. Die BBBank lädt zu ihren „Exklusiven Abenden“ regelmäßig hochrangige Ehrengäste und Referenten aus dem öffentlichen Dienst ein, nach deren Vorträgen gewöhnlich ausreichend Zeit zum Gedankenaustausch bleibt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung in Berlin durch den Direktor für den öffentlichen Dienst, Achim Hoffmann, und den Vorstandsvorsitzenden der BBBank, Prof. Dr. Müller, der die Anwesenden im Namen der BBBank begrüßte und eine Rede des ehemaligen Vizekanzlers und Bundesaußenministers Dr. Klaus Kinkel ankündigte.

Kinkel, der in den 90er-Jahren unter anderem aktiv an der Gestaltung der Wiedervereinigung mitbeteiligt war, erinnerte an die bemerkenswerten Leistungen, insbesondere der deutschen Beamtinnen und Beamten, in dieser Zeit und meinte: „Man könne daher auf den öffentlichen Dienst durchaus ‚stolzer‘ sein.“ Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprach er mit dieser Feststellung aus der Seele.

Mit der BBBank kooperiert Klaus Kinkel schon seit längerer Zeit im Kampf gegen Kindesmissbrauch.

Kinder, Familie und Bildung zählt der ehemalige Vizekanzler und Bundesaußenminister generell zu den besonders wichtigen Themen.

Enttäuschend sei deshalb, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von Bildung überhaupt keine Rede sei.

An den Universitäten würde die Ausbildung von Lehrkräften überdies nicht besonders ernst genommen. Es verwundere ihn daher nicht, dass vielerorts Fachlehrer fehlen.

In Sachen Europapolitik zeigte sich Kinkel besorgt über die Abnahme der weltpolitischen Bedeutung Europas. Während Europa personell abschmelze, sei man in Fernost „nicht mehr ausschließlich mit dem Fahrrad unterwegs“, sondern habe sich zu einer ernst zu nehmenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsmacht gemausert. Erkannt hätten dies auch die USA, die jetzt lieber über den Pazifik in Richtung China blickten. Kinkel plädierte in dieser Situation für den Euro und die Nutzung von Synergieeffekten, die ein vereintes Europa bietet.

Informationsabende werden fortgesetzt

Die Tradition ihrer Informationsabende will die BBBank auch 2014 fortsetzen – exklusiv für Mitglieder und Kunden aus dem öffentlichen Dienst sowie für alle Interessenten, die die BBBank kennenlernen möchten.



Foto: Eduard N. Fiegel

V. l. n. r.: Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Dr. Klaus Kinkel (Vizekanzler und Außenminister a. D.), Astrid Hollmann (stellv. Bundesvorsitzende dbb), Achim Hoffmann und Prof. Dr. Müller von der BBBank beim „Exklusiven Abend“ in Berlin



Eingangsbereich – Haupteingang



Im 1. Obergeschoss befinden sich die Räume des dbb berlin.



Dies wird der Sitzungsraum des dbb berlin, der derzeit noch technisch ausgerüstet wird.

Fotos: dbb berlin und Steffen Böttcher (Bildung3)

Umzugstermin steht fest

dbb berlin mit neuer Geschäftsstelle

Überpünktlich Ende Januar 2014 wird die neue Geschäftsstelle des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) in Alt-Moabit 96 a ihre Arbeit aufnehmen. In den bisherigen Räumen des dbb berlin in Charlottenburg werden Kisten gepackt und Möbel verladen, um den Weg nach Moabit in Berlin-Mitte anzutreten. Konkret findet die Übergabe der neuen Geschäftsräume durch den Vermieter an den dbb berlin am 21. Januar 2014 statt.

Die Vorbereitungen des Umzugs der Geschäftsstelle wie auch die Umbauarbeiten am neuen Standort sind bislang nach Plan verlaufen, so dass dem Einzug in der Woche vom 20. bis 24. Januar 2014 nichts mehr entgegenstehen dürfte.

„Der dbb berlin wird dann aus einer modernen Geschäftsstelle die Arbeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten können. Darüber hinaus besteht für die Gremien des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften und Verbände die Möglichkeit, ihre Sitzungen, Seminare oder Veranstaltungen in dem eigenen Sitzungsraum durchzuführen. Dies führt dann zu einer weiteren noch engeren Zusammenarbeit innerhalb des dbb berlin“, freut sich der Landeschef des dbb berlin, Frank Becker, über die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten.

Noch aber wird in den neuen Räumen im 1. OG in Alt-Moabit 96 a kräftig gewerkelt. So erhält beispielsweise der Sitzungsraum eine Ausstattung nach den Wünschen des dbb berlin, und auch eine Kaffee-

küche ist noch einzubauen. Alle Arbeiten werden aber bis zum 21. Januar 2014 abgeschlossen sein. Auch Telefonanlage und Internetanschluss werden zum selben Tage umgeschaltet, so dass der dbb berlin spätestens ab dem 22./23. Januar 2014 – nachdem auch die Möbel und die Unterlagen ausgeladen und aufgebaut beziehungsweise eingeordnet worden sind – in Moabit arbeitsfähig ist.

Gute Verkehrsanbindung

Erfreulicherweise ist die neue Geschäftsstelle sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und zwar mit der U-Bahn über den U-Bahnhof Turmstraße sowie den Buslinien 245, N 40 und TXL (Bushaltestelle „Kleiner Tiergarten“). Auch für die Autofahrer ist gut gesorgt. Direkt im Hause der Geschäftsstelle befindet sich eine Parkgarage. Für Besucher ist das Parken hier sogar bis zu zwei Stunden kostenlos. Die Geschäftsstelle ist barrierefrei zu erreichen und für den Anlieferverkehr ist eine Rampe mit Lastenaufzug vorhanden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin – Ein Haus mit Geschichte

Seit April 1993 tagt das Berliner Abgeordnetenhaus im Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtages. Hier werden seit nunmehr über 20 Jahren die wichtigen politischen Entscheidungen für die Stadt getroffen.

Dieses Haus des ehemaligen Preußischen Landtages spiegelt in seiner baulichen Ausformung, den Veränderungen, die im Laufe der Jahre vorgenommen wurden, und mit seinen unterschiedlichen Nutzungen die Brüche in der preußischen und deutschen Geschichte wider.

1892 wurde mit dem Bau des neuen Gebäudes für das ehemalige Preußische Abgeordnetenhaus begonnen und 1899 der neue Sitz seiner Bestimmung übergeben.

Der Architekt Friedrich Schulze schuf mit seinem Entwurf ein damals modernes Arbeitsgebäude, in dem Formen der italienischen Hochrenaissance variiert wurden. Die bestechende Funktionalität in der von ihm geschaffenen „Parlamentsmaschine“ ist auch für den heutigen Betrachter erstaunlich.

Das Preußische Abgeordnetenhaus, dessen Zusammensetzung durch das berühmte „Dreiklassenwahlrecht“ bestimmt wurde, tagte allerdings nur bis zum November 1918. Nach dem Ende der Monarchie und der Revolution vom November 1918 wurde das Abgeordnetenhaus mitsamt seinem Wahlrecht aufgelöst.

Deutsche Geschichte geschrieben

In den folgenden Tagen wurde in diesem Gebäude deutsche Geschichte geschrieben. Im Dezember 1918 tagte der 1. Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Plenarsaal des Hauses und entschied sich – nach leidenschaftlicher Debatte – für die Durchführung der Wahl einer deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung. Mit dieser Entscheidung wurden die Weichen für die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, gestellt.

Wenige Tage später gründeten diejenigen, die sich auf dem Reichskongress für eine Räterepublik nach russischem Vorbild ausgesprochen hatten, im Festsaal des Preußischen Landtages die Kommunistische Partei Deutschlands.

Ab 1919 erarbeitete die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung eine neue demokratische Verfassung Preußens im Deutschen Reich. Von 1921 bis 1933 tagten in diesem Haus die Abgeordneten des Preußischen Landtages, die aus allgemeinen, freien, unmittelbaren und geheimen Wahlen hervorgingen. Das anachronistische Dreiklassenwahlrecht gehörte der Vergangenheit an und dazu gehörte selbstverständlich auch, dass endlich die Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten.

Während der Weimarer Republik herrschten in Preußen – anders als im restlichen Deutschen Reich – relativ stabile politische Verhältnisse. Die Große Koalition in Preußen unter der langjährigen Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun galt als Bollwerk gegen den politischen Extremismus von rechts und links.

Erst mit dem Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen, dem sog. „Preußenschlag“, gegen die legitime preußische Staatsregierung im Juli 1932 begann auch in Preußen der Anfang vom Ende der Demokratie.

Wechselvolle Nutzung ab 1933

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 wurden auch hier die demokratischen Institutionen gleichgeschaltet oder abgeschafft. 1934 ging das Gebäude des Preußischen Landtages in den Besitz einer eigens gegründeten

Stiftung „Preußenhaus“ über und diente verschiedenen NS-Dienststellen als Sitz. Im Juni 1934 wurde im Plenarsaal des Hauses der berühmte Volksgerichtshof als Instrument der NS-Justiz gegründet. 1936 wurde das Haus schließlich dem Reichsluftfahrtministerium überlassen und in weiten Teilen für die Zwecke eines „Hauses der Flieger“ umgebaut.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde der Preußische Landtag schwer beschädigt und nach Ende des Krieges, aufgrund eines Befehls der Sowjetischen Militäradministration, ab 1947 schrittweise wieder aufgebaut. Die erste Regierung der DDR nutzte in den Jahren zwischen 1949 und 1953 das Gebäude als Dienstsitz, in den nachfolgenden Jahren diente es u. a. als Tagungsstätte für den sog. „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) und war schließlich bis 1989 Sitz der Staatlichen Plankommission der DDR.

Durch den Bau der Mauer im August 1961 stand der ehemalige Preußische Landtag plötzlich im Schatten der Grenzanlagen und geriet in den folgenden 28 Jahren bei vielen Menschen in Vergessenheit.

Seit 20 Jahren Sitz des Abgeordnetenhauses

Nach der Wiedervereinigung der Stadt entschied sich das Abgeordnetenhaus von Berlin bereits 1991 für das Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtages als künftigen Sitz und schon zwei Jahre später – im Frühjahr 1993 – zog das Berliner Landesparlament vom langjährigen provisorischen Sitz im Rathaus Schöneberg in die Mitte des wiedervereinigten Berlin.

Heute befindet sich das Parlamentsgebäude, das im Oktober 1990 unter Denkmalschutz gestellt wurde, in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz, dem Regierungsviertel und wird flankiert von der historischen Gedenkstätte „Topographie des Terrors“, dem Bundesministerium für Finanzen, dem Martin-Gropius-Bau und nicht zuletzt dem Bundesrat, der seit dem Jahre 2000 seinen Sitz im benachbarten ehemaligen Preußischen Herrenhaus an der Leipziger Straße hat.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist heute das Ziel von zahlreichen Gästen aus nah und fern. Etwa 20.000 Besucherinnen und Besucher lernen jährlich das Haus kennen und informieren sich über die Arbeit des Berliner Landesparlaments und die wechselvolle Geschichte des Gebäudes.

Besucherdienst bietet kostenlose Führungen

Der Besucherdienst bietet hierzu für Besuchergruppen von mindestens zehn Personen, aber auch für Schulklassen kostenlose Führungen durch das Abgeordnetenhaus an. Die Führungen finden nach individueller Absprache mit dem Besucherdienst statt.

Bei rechtzeitiger Voranmeldung können die Führungen auch in verschiedenen Sprachen durchgeführt werden. Während des ca. einstündigen Rundgangs erläutern beauftragte Betreuerinnen/Betreuer des Besucherdienstes Geschichte, Architektur und die Arbeitsweise des Hauses. Auf Wunsch vermittelt der Besucherdienst Gespräche mit Abgeordneten aller Fraktionen.

Platzreservierungen für öffentliche Plenar- und Ausschusssitzungen können beim Besucherdienst telefonisch, per Fax, schriftlich oder im Internet vorgenommen werden. Eine frühzeitige Anmeldung ist empfehlenswert!

Der Besucherdienst ist erreichbar unter:

Abgeordnetenhaus von Berlin
 – Besucherdienst –

Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Telefon: 030.2325-1064

Telefax: 030.2325-1063

E-Mail: besucherdienst@parlament-berlin.de

Web: www.parlament-berlin.de

Tag der offenen Tür am 17. Mai

Der diesjährige Tag der offenen Tür des Parlaments findet – gemeinsam mit dem Bundesrat –

am Sonnabend, dem 17. Mai 2014
in der Zeit von 11 bis 18 Uhr statt

und wird wieder ganz auf die Interessen der Besucherinnen und Besucher ausgerichtet sein. Neben einem attraktiven Rahmenprogramm werden sich vor allem die Fraktionen des Abgeordnetenhauses mit ihrer Arbeit präsentieren und die Abgeordneten für Gespräche zur Verfügung stehen. Als Gastland stellt sich in diesem Jahr die Republik Argentinien vor.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, würde sich freuen, wenn auch die Leserinnen und Leser des „hauptstadt magazin“ des dbb von den zahlreichen Informationsangeboten der Berliner Volksvertretung Gebrauch machen und den Abgeordneten vor Ort – in einem Haus mit Geschichte – bei ihrer Arbeit ein wenig über die Schulter schauen.

*René Rögner-Francke,
 Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit
 des Abgeordnetenhauses von Berlin*

BERLIN



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

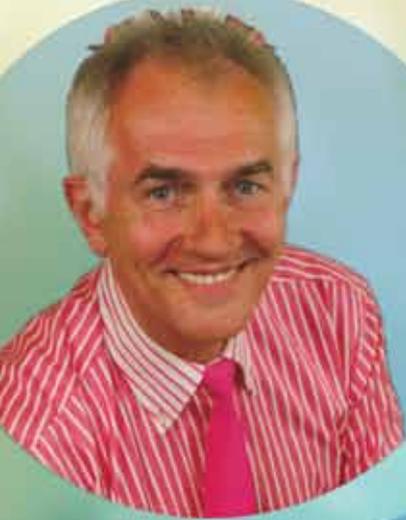
HAUPTSTADTBALL 2014

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt!

15.02.2014

BEST WESTERN
PREMIER Hotel
Moa Berlin,



Parodieshow der
Spitzenklasse
Bernd Müller

Liveband
Creme Fresh



Show-Tanz
mit dem
OTK Schwarz Weiss Berlin
Standard A-Team



Eintritt: 25,- Euro, incl. reichhaltigem Abendessen

Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr

BEST WESTERN PREMIER Hotel Moa Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin

Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:

Tel.: 030 / Tel: 3933073/74 oder 030 / 44678721

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Fragen zur Personalratsarbeit? Hier sind neue Antworten!



Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Personalvertretungsrechts
- Gesetzestexte mit Erläuterungen
- Begriffsbestimmungen und Schaubilder
- Mustervorlagen und Formbriefe
- aktuelle Rechtsprechung
- Kurzerläuterung der Wahlordnung

Was Sie davon haben:

In bewährter Weise beantwortet auch die 16. Auflage alle wichtigen Fragen zum Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder: klar, prägnant und praxisorientiert. Ein einführendes Kapitel in die Grundzüge des Personalvertretungsrechts sowie einprägsame Schaubilder erleichtern erstmals gewählten Personalräten den Einstieg; die klare Gliederung und das umfangreiche Register ermöglichen eine schnelle Orientierung ohne langwieriges Suchen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit untenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

470 Seiten
€ 36,40*

ISBN 978-3-87863-180-4

* zuzügl. Porto und Verpackung

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon: 0 30/ 7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/ 7 26 19 17-40
E-mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

__ Exemplar/e „Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder – 16. Auflage“

Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de, kontakt@dbbverlag.de. **Bankverbindung:** Sparkasse Köln/Bonn, BIC: COLSDE 33, IBAN: DE23 3705 0198 0021 0069 03, Commerzbank Berlin, BIC: COBADEFFXXX, IBAN: DE10 1204 0000 0073 3998 00. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacyber@dbb-verlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra-Opitz-Hannen, ☎ 02102.74023-715.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 11, gültig ab 1.10.2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. Fotos: dbb berlin. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorankündigung für 14. und 15. Juni 2014

gkl berlin und dbb berlin informieren beim Motzstraßenfest 2014



Mit großem Erfolg haben der Arbeitskreis „Queerdenker gegen Homophobie“ und der dbb berlin die Besucher des sogenannten Motzstraßenfestes (Lesbisch-schwules Straßenfest) bereits 2013 über ihre Arbeit informiert. Regelmäßig nehmen am Motzstraßenfest mehrere Hunderttausende Besucher teil, darunter zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst der gesamten Bundesrepublik. Sehr viele dieser Kolleginnen und Kollegen haben sich ausgesprochen positiv über die Präsenz der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) und des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb berlin) bei dem Straßenfest geäußert und die Gewerkschaften zu weiterem Engagement für Lesben und Schwule im öffentlichen Dienst ermuntert. gkl und dbb berlin kommen dieser Aufforderung gerne nach und werden auch 2014 beim Motzstraßenfest zur Stelle sein.

„Toleranz, Weltoffenheit und Lebensfreude: Das sind die Markenzeichen des Lesbisch-schwulen Stadtfestes. Sie passen perfekt zu Berlin: Als Treffpunkt für Menschen, die Berlins Weltoffenheit und Liberalität verkörpern, die stolz sind auf die bunte schwul-lesbische Szene der Stadt und die für eine menschliche, eine faire, eine von gegenseitigem Respekt getragene Gesellschaft stehen, in der

Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und nicht als Makel“, führte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, anlässlich des Stadtteilfestes 2013 aus.

Es ist schon viel erreicht worden. Aber immer noch gibt es viele Ressentiments gegen Schwule und Lesben. Auch sind Diskriminierungen im Alltag leider immer noch an der Tagesordnung. Umso wichtiger war es der gkl berlin, den Arbeitskreis „Queerdenker“ einzurichten und sich innerhalb des Bündnisses gegen Homophobie zu engagieren. Dem Bündnis gegen Homophobie, dem auch der dbb berlin inzwischen beigetreten ist, gehören bereits über 80 Unternehmen und Verbände aus Berlin an.

Termin vormerken

gkl berlin und dbb berlin werden am 14. und 15. Juni 2014 mit einem Informationsstand auf diesem Straßenfest vertreten sein. Interessierte Kolleginnen und Kollegen, die sich ebenfalls engagieren möchten, wenden sich bitte direkt an den Arbeitskreis „Queerdenker“ bei der gkl berlin unter:

queerdenker@gklberlin.de

Sonderaktion der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Das politische Berlin-Puzzle

Mit dem „politischen Berlin-Puzzle“ können spielerisch 116 Orte und Einrichtungen der Politik in Berlin kennengelernt werden. Ergänzend sind die Institutionen in einem Booklet porträtiert.

Geeignet ist das Spiel, das die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gemeinsam mit dem Verlag Ch. Links entwickelt hat, für alle Berlinerinnen und Berliner, idealerweise auch für den Unterricht.

Es wird, solange der Vorrat reicht, ohne Bereitstellungsgebühr abgegeben und ist erhältlich in der Buchausgabe der

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (1. Etage, Zimmer 137), An der Urania 4 – 10, 10787 Berlin-Schöneberg (Nähe Wittenbergplatz), Tel.: 030.90162552

Öffnungszeiten:

Mo. bis Mi.: 12 Uhr bis 16 Uhr

Do.: 12 Uhr bis 18 Uhr

Fr.: 10 Uhr bis 18 Uhr

Zusendungen sind leider nicht möglich.

Nähere Informationen über die Landeszentrale finden sich unter

www.landeszentrale-politische-bildung.de